

Kleine Anfrage

Studie hinsichtlich LGBTQIA+-Personen

Frage von Landtagsabgeordneter Daniel Seger

Antwort von Regierungsrat Emanuel Schädler

Frage vom 02. September 2026

In Liechtenstein fehlt bis heute eine aktuelle, repräsentative Untersuchung zur Lebenssituation von LGBTQIA+-Personen. Die letzte breiter angelegte Erhebung stammt aus dem Jahr 2007 und bezog sich nur auf die Situation homosexueller Menschen. Eine im Jahr 2025 im Auftrag des Vereins Flay durchgeführte Pilotstudie basiert auf einer kleinen, nicht repräsentativen Stichprobe.

Bereits 2018 empfahl die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) eine solche Studie. 2024 erneuerte sie diese Empfehlung und hielt fest, dass weiterhin offizielle Daten fehlen. Die Regierung plante eine LGBTQIA+-Studie zuerst für 2024, später für 2025. Bis heute liegt diese nicht vor, obwohl der VMR bestätigt, dass die Vorarbeiten zur Studie geleistet wurden. Eine Umsetzung der Studie gebe es jedoch nach Auskunft der Regierung an den VMR vorerst nicht.

Gleichzeitig hat sich die rechtliche Situation stark verändert: mit der eingetragenen Partnerschaft 2011, der Gleichstellung im Adoptionsrecht 2023 und der Ehe für alle 2025. Im aktuellen Rainbow Map Ranking 2026 von ILGA-Europe geht es um Menschenrechte und vollständige Gleichbehandlung, wobei Liechtenstein auf Rang 31 von 49 europäischen Staaten liegt.

- * Was sind die Gründe für die Nichtumsetzung der Studie trotz geleisteter Vorarbeiten der Abteilung Chancengleichheit?
- * Wie plant die Regierung die Situation von LGBTQIA+-Personen in Liechtenstein zu verbessern?
- * Welche rechtlichen Rahmenbedingungen sind geplant, beispielsweise für Intersexpersonen bezüglich Anerkennung des dritten Geschlechts etc.?
- * Basierend auf welcher Grundlage werden diese Massnahmen und Ziele getroffen?
- * Wie werden die betroffenen LGBTQIA+-Personen miteinbezogen?

Antwort vom 04. September 2026

zu Frage 1:

Die Regierung setzt in ihrer strategischen Ausrichtung im Bereich der LGBTIQ+ weiterhin vor allem auf einzelne und bewusstseinschaffende Schwerpunkte. So können die vorhandenen Ressourcen verhältnismässig und zielgerichtet eingesetzt werden. Auf die Durchführung einer Studie in Liechtenstein wird angesichts dessen verzichtet. Stattdessen soll – wie bisher in enger Abstimmung mit den engagierten zivilgesellschaftlichen Akteuren – auf gezielte und konkrete Massnahmen gesetzt werden. Dies mit dem Ziel, auf solchem Weg pragmatisch für die LGBTIQ+-Personen die vorhandenen Lebensrealitäten und Bedürfnisse zu klären und gezielt notwendige Handreichungen zu entwickeln.

zu Frage 2:

Die Abteilung Chancengleichheit hat eine sehr grosse Expertise. Zudem werden in Abstimmung mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren Abklärungen für eine Bestandesaufnahme durchgeführt, um Massnahmenmöglichkeiten zu klären. Dies mit dem Ziel, die vorhandenen Lebensrealitäten und Bedürfnisse zu eruieren und notwendige Angebote zu entwickeln.

zu Frage 3:

Hier laufen keine Gesetzesprojekte.

zu Frage 4:

Siehe Antwort auf Frage 2.

zu Frage 5:

Das Amt für Soziale Dienste ist im Alltag mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wie dem Verein FLay in Kontakt und hört die Anliegen und Wünsche. So wird garantiert, dass auch die Stimmen der LGBTIQ+-Personen gehört werden. Die Abteilung Chancengleichheit plant derzeit einen Runden Tisch mit Fachpersonen zum Thema Geschlecht und Geschlechtsidentität und zu praktischen Fragestellungen im institutionellen Alltag.